

Protokoll der 56. Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde Bichelsee-Balterswil vom 20. November 2023

Datum: 20. November 2023
Zeit: 21:00 – 22:45 Uhr
Ort: Turnhalle Oberstufenzentrum Lützelburg, Balterswil
Vorsitz: Christoph Zarth, Gemeindepräsident
Protokoll: Claudia Thalmann, Gemeindegeschreiberin

Total Stimmberechtigte: 2'101
Davon anwesend: 128
Absolutes Mehr: 65
Stimmbeteiligung: 6.09 %

Traktanden:

1. Eröffnung
2. Wahl der Stimmezähler*innen
3. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2023
4. Einbürgerungen
 - 4.1. Michael Hügi
 - 4.2. Volker Karsten Muth und Anna Muth
5. Budget 2024
 - 5.1. Erfolgsrechnung
 - 5.2. Investitionsrechnung
 - 5.3. Finanzplan 2025 – 2029
 - 5.4. Anträge des Gemeinderates
 - 5.4.1. Abstimmung Steuerfuss
 - 5.4.2. Abstimmung Budget / Investitionsrechnung 2024
6. Revision Gemeindeordnung
7. Allgemeine Umfrage und Verschiedenes
 - 7.1. Landhaus – wie weiter

1 Eröffnung

Gemeindepräsident Christoph Zarth begrüsst die anwesenden Stimmberechtigten zur diesjährigen Gemeindeversammlung. Insbesondere werden die erstmals durch Erreichen des Stimmrechtsalters Anwesenden begrüsst. Ebenso werden die Vertreter der Presse sowie die nicht stimmberechtigten Gäste willkommen geheissen.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung und erklärt diese für beschlussfähig. Von total 2'101 Stimmberechtigten sind 128 anwesend. Das Absolute Mehr liegt bei 65. Die Stimmbeteiligung liegt bei 6.09 %.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Botschaft inklusive der Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Alle stimmberechtigten Personen verfügen über einen Stimmzettel. Es gibt keine Einwände oder Ergänzungen zur Traktandenliste sowie gegen die Anwesenheit einer Person.

Claudia Thalmann amtiert als Protokollführerin. Zur Erleichterung der Protokollführung wird die Versammlung akustisch aufgezeichnet. Es werden keine Einwände dagegen erhoben.

2 Wahl der Stimmzähler*innen

Der Vorsitzende schlägt Christian Scherrer und Claudia Klaus als Stimmzähler vor. Die Stimmzähler werden gemäss Vorschlag einstimmig gewählt und haben während der Versammlung, wenn nötig, ihres Amtes zu walten.

3 Protokoll der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2023

Eine Kurzversion des Protokolls ist auf den Seiten 13 und 14 der Botschaft abgedruckt. Die Diskussion zum Protokoll wird nicht genutzt. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

4 Einbürgerungen

Die Kurzprofile der Antragsstellenden sind auf der Seite 15 in der Botschaft ersichtlich. Die Antragstellenden wurden als Gäste zur Gemeindeversammlung eingeladen um sich persönlich bei den Anwesenden vorzustellen. Herr Michael Hügi hat sich krankheitshalber abgemeldet. Die Abstimmung über die Einbürgerungsgesuche wird offen durchgeführt, da kein Antrag auf eine geheime Abstimmung gestellt wurde.

4.1 Einbürgerungsgesuch Michael Hügi

Aufgrund der Abwesenheit von Herr Michael Hügi wird er vom Gemeindepräsidenten vorgestellt. Herr Hügi ist Schweizer Bürger und besitzt das Gemeindebürgerrecht von Volketswil und das Kantonsbürgerrecht von Zürich. Ursprünglich hatte er zwei Bürgerorte, von denen er bereits einen abgegeben hat, um das Gemeindebürgerrecht von Bichelsee-Balterswil zu erhalten. Seit 20 Jahren wohnt er in Bichelsee-Balterswil. Hier fühlt er sich wohl, Bichelsee-Balterswil ist sein Zuhause, weswegen er das Bürgerrecht von Bichelsee-Balterswil erwerben will.

Die Diskussion wird nicht genutzt.

4.2 Einbürgerungsgesuch Volker Karsten Muth und Anna Muth

Die Gesuchstellenden stellen sich den Anwesenden vor und bringen Ihre Freude zum Ausdruck, sich vorstellen zu können. Sie berichten, seit längerer Zeit in der Schweiz als in Deutschland zu leben. Vor elf Jahren haben sie ein Haus gekauft und sind damit in der Schweiz sesshaft geworden. Sie fühlen sich angekommen, haben ein Zuhause und Freunde gefunden und möchten nun in Bichelsee-Balterswil nicht nur als Gäste, sondern auch als aktive Mitglieder mitwirken, insbesondere im Bereich der politischen Rechte. Sie betonen, dass es ihnen in Bichelsee-Balterswil sehr gut gefällt.

Die Diskussion wird nicht genutzt.

Die Antragstellenden verlassen für die Abstimmung den Raum. Es werden keine Wortmeldungen angebracht. Die Diskussion wird nicht genutzt.

Der Vorsitzende eröffnet die Abstimmung.

Antrag des Gemeinderates:

Herr Michael Hügi wird unter Vorbehalt der Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht durch den Grossen Rat das Bürgerrecht von Bichelsee-Balterswil erteilt.

Der Antrag des Gemeinderates wird angenommen.

Antrag des Gemeinderates:

Herr Volker Karsten Muth und Frau Anna Muth-Nachtigall wird unter Vorbehalt der Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung sowie der Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht durch den Grossen Rat das Bürgerrecht der Gemeinde Bichelsee-Balterswil erteilt.

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

Die Antragstellenden werden in der Folge wieder in den Raum gebeten. Der Vorsitzende verkündet das Resultat und gratuliert. Den frisch eingebürgerten Personen wird ein kräftiger Applaus geschenkt.

5 Budget 2024

5.1 Erfolgsrechnung

Der Vorsitzende eröffnet das Haupttraktandum und verweist auf die ausführliche Botschaft, die verschiedene Informationen enthält. Er erläutert kurz die wichtigsten Themen, die für das Jahr 2024 anstehen: Die Gebührenordnung, die regionale Feuerwehr, das Projekt "First Responder", die familienergänzende Kinderbetreuung, für die bereits eine Umfrage durchgeführt wurde und ein Bedarf festgestellt wurde. Auch wird beabsichtigt, das Projekt "Werkhof" zu forcieren. Ebenfalls ein Projekt, das 2024 ausgearbeitet und bis 2025 umgesetzt werden soll, ist die Gewässerraumausscheidung. Energie- und Umweltthemen werden die Politische Gemeinde ebenfalls beschäftigen, konkret werden in den Ressorts je ein Energie- und Umweltkonzept erstellt.

Die Diskussion wird eröffnet. Reto Huldli äussert keine Frage, sondern Bedenken bezüglich des Finanzplans bis 2028. Er zeigt besorgt darüber, dass mit nicht vorhandenem Geld hantiert werde, was automatisch zu Steuererhöhungen führen würde. Er ist der Meinung, dass nur das Notwendigste getan werden sollte, alles andere sei nicht vertretbar.

Der Vorsitzende antwortet, dass der Gemeinderat auch dieser Meinung ist und das Budget sehr sorgfältig erstellt wurde. Die Tatsache, dass die Steuern niedrig sind, wurde in den letzten Jahren deutlich bemerkt. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass wenn wenig Geld vorhanden ist, die Ausgaben sehr wohlüberlegt getätigt werden müssen. Dennoch geht es um die Entwicklung des Dorfes und der Infrastruktur, um nicht stehen zu bleiben. Die Frage im Gemeinderat lautet, wo Einsparungspotenzial liegt. Es ist eine Tatsache, dass in vielen Bereichen wie Gesundheits- und Sozialwesen keine Einflussnahme möglich ist. Die Gemeinde hat keine Chance, diese Ausgaben zu beeinflussen. Dies führt dazu, dass kein Geld übrigbleibt, um in andere Bereiche wie Kultur zu investieren. Eine Steuererhöhung hat bereits stattgefunden, und wenn man den Finanzplan betrachtet, ist bereits erkennbar, dass in Zukunft erneut über eine weitere Erhöhung diskutiert werden muss. Es werden sicherlich starke Diskussionen im Bereich des Strassenunterhalts geführt werden.

Andreas Schär bedankt sich für die Ausführungen. Dennoch hat er die Steuerfüsse des Kantons studiert und stellt fest, dass wir uns jetzt im Mittelfeld befinden. Er fragt sich, ob es richtig ist, die Investitionen in so kurzer Zeit zu tätigen, oder ob es die Möglichkeit gibt, sie über einen längeren Zeitraum zu strecken. Er appelliert an den Gemeinderat, mit Bedacht zu handeln.

Der Vorsitzende bedankt sich für das Votum. Er betont zwei wichtige Punkte: Zum einen wurde in der aufgrund des niedrigen Steuerfusses gespart und es wurden keine Investitionen getätigt. Man könne weiterhin diesen Weg gehen oder etwas ändern. Zum anderen sei es wichtig, dass mit den geplanten Investitionen kein Geld sinnlos ausgegeben werde. Beispielsweise die Lohstrasse, der Hochwasserschutz Renendal, der Werkhof und das Feuerwehrdepot, das schon lange überfällig ist.

Er würde es auch gerne hinausschieben. Auch das Projekt PWI wurde bereits 2017 beschlossen. 2024 wird es umgesetzt, wofür 1,6 Millionen ausgegeben werden. Es sei gut, dass die Amtskollegen vorausgeschaut hätten, aber seitdem seien keine Rückstellungen gemacht worden. Zurzeit könnten keine Rückstellungen gemacht werden, da das Budget immer am Limit sei. Dennoch denkt er aber, dass man sich etwas leisten können sollte.

Reto Huldi meldet sich wieder zu Wort. Es sei ihm alles klar, aber wenn er sich den Personalaufwand anschau, sei eine Steigerung der Kosten gegenüber der Rechnung 2022 von 15 % zu erkennen. Es sei ihm klar, dass die eine oder andere Stelle geschaffen werden musste, aber die Dienstleistung an sich habe sich nicht verbessert. Er hat mitbekommen, dass die Stelle im Werkhof ausgeschrieben ist, und fragt sich, ob diese zusätzliche Stelle wirklich nötig ist.

Der Vorsitzende versteht die Fragestellung, äussert aber, dass er feststellt, dass das Personal nicht mit der Arbeit nachkommt. Ausserdem gebe es rechtliche Gründe bezüglich Ruhezeiten im Winterdienst, die mit zwei Personen nicht eingehalten werden könnten. Als Arbeitgeber sei man verpflichtet, die Sicherheit zu gewährleisten.

Reto Huldi fragt, ob das Projekt Werkhof konkret sei, zum Beispiel ob der Standort schon definiert sei. Der Vorsitzende bejaht dies und erklärt, dass man bereits mit den verschiedenen Anspruchsgruppen daran sei, den Bedarf zu ermitteln. Das Projekt Regionale Feuerwehr sei für den Neubau des Feuerwehrdepots ebenfalls massgebend. Der Zeitpunkt passe. Er möchte auch auf die Antwort zu den Personalkosten eingehen. Die Gemeinde sei mit anderen Gemeinden gut vernetzt. Man sei mit Abstand am unterdotiertesten mit Pensen im Vergleich zu anderen gleichwertigen Gemeinden. Die Stellen würden alle benötigt, um den Auftrag zu erfüllen.

Steven Bächler findet den Vergleich der Personalkosten äusserst spannend. Von 2015 bis 2019 seien die Personalkosten um 50 % gewachsen. Es stelle sich schon die Frage, wie das komme.

Der Vorsitzende findet es falsch, auf Kosten des Personals zu sparen. Er möchte an die Situation der Bauverwaltung vor nicht allzu langer Zeit erinnern. Damals habe eine Person den Tiefbau, den Hochbau, die AHV-Zweigstelle u.a. alleine bewältigt. Die Qualität habe darunter gelitten, und die Folgen seien uns allen noch in Erinnerung. Mittlerweile stimme die Qualität der Arbeit, was uns immer wieder bestätigt werde.

Andreas Schär gibt zu, dass er vor 2018 als Gemeinderat selbst sehr viele Stunden Ressortarbeit geleistet habe. Er fragt, ob heute der Gemeinderat rein strategisch tätig sei. Das würde die Steigerung der Personalkosten nachvollziehbar machen.

Gemeinderat Andreas Krucker beantwortet die Frage und erklärt, dass es heute bewusst so sei, dass der Gemeinderat Strategisches vom Operativen trenne. Das funktioniere besser und es sind gute Ziele daraus erfolgt. Wenn er operativ arbeiten müsse, könne er sein Amt nicht ausführen. Ergänzend zu den Personalkosten müsse erwähnt werden, dass die Stelle NBB nun eine In-House-Option sei. Dafür seien Stellenprozente geschaffen worden. Die Kosten bestanden bisher auch, aber unter einer anderen Position. Dies bestätigt der Vorsitzende.

Eine Frau meldet sich zu Wort. Sie fühlt sich bezüglich der familienergänzenden Kinderbetreuung im Stich gelassen. Sie habe zwei Kinder und könne die Betreuung mit den Tagesmüttern nicht abdecken. Sie findet es schade, dass kein Wille vorhanden sei, ein Provisorium oder ähnliches zu stellen. Es sei gar nichts geschehen. Sie findet es wirklich bedauerlich. Eine weitere Frau meldet sich. Sie weist auf die steigenden Sozialkosten hin. Sie äussert ihre Bedenken, dass Familien keine Kinderbetreuung angeboten werden, obwohl dies schon seit geraumer Zeit gesetzlich festgehalten sei. Das Nachgehen einer Erwerbstätigkeit für alleinstehende Mütter z.B. sei so schwierig. Der Gang zum Sozialamt sei dann häufig die Folge daraus.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Ressortverantwortlichen Jacqueline End.

Gemeinderätin End beteuert, dass das Thema verfolgt wird. Die Umfrage wurde durchgeführt, und die Rücklaufquote war sehr hoch. Man kämpfe mit personellen Kapazitäten, insbesondere durch die Einführung der Sozialen Dienste Süd, was mehr personelle Ressourcen erfordere als gedacht. Deshalb sei ein Verzug im Projekt entstanden. Eine optimale Lösung bis zum Sommer 2024 sei deshalb

nicht machbar. Man arbeite mit Hochdruck daran, im Laufe des Jahres 2024 alles fertigzustellen, um im Jahr 2025 zu starten.

Eine Frau fragt, was die Mütter bis dahin machen sollen, insbesondere da der Verein Mittagstisch aufhöre. Es melden sich immer mehr Frauenstimmen. Es wird bemängelt, dass es nicht vorwärtsgeht und dass viele Mütter und Grosseltern am Anschlag seien, weil sie nicht arbeiten können und letztendlich zum Sozialamt gehen müssen. Es wird gefragt, warum es so lange dauere. Man könne schliesslich mit der Nachbargemeinde sprechen, die ebenfalls ein solches Angebot habe. Jacqueline End beteuert, dass man bereits daran arbeite, aber dieses Argument wird nicht akzeptiert. Es entsteht eine emotionale Diskussion. Eine weitere Frau fragt, warum die Kosten nicht im Budget aufgenommen wurden. Der Vorsitzende erläutert, dass die Kosten nicht aufgeführt wurden, weil das Projekt im Jahr 2024 nicht von der Projektgruppe realisiert werden könne. Eine andere Frau äussert ihre Angst, dass das Thema im Sand verlaufen werde.

Ein Anwesender meldet sich zu Wort und fragt, warum die Tagesstrukturen nicht im Landhaus angeboten wird. Der Vorsitzende bedankt sich für diesen Hinweis und erklärt, dass die Idee im Gemeinderat bereits diskutiert wurde. Er will unter dem Traktandum "Allgemeine Umfrage" nochmals darauf zurückkommen.

Eine Frau stellt fest, dass mehr Einnahmen generiert werden könnten, insbesondere durch arbeitende Mütter und Väter. Heute zögen besserverdienende Personen in die Nachbargemeinde, da dort für die Betreuung gesorgt sei.

Der Vorsitzende stimmt dem zu und betont die Wichtigkeit des Themas. Er erinnert daran, dass die Infrastruktur fehle, aber es eine Arbeitsgruppe gebe, die bereits an dem Thema arbeite. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe seien aus der Bevölkerung, er glaube an sie und wolle ihnen das Vertrauen und die Zeit schenken. Er schlägt vor, nun das Thema zu verlassen und sich wieder auf das Budget zu konzentrieren. Diese Empfehlung wird nicht kommentiert und die Diskussion kehrt zum Budget zurück.

5.2 Investitionsrechnung

Der Vorsitzende erläutert, dass aufgrund des Projekts PWI im Kalenderjahr 2024 auf andere Investitionen verzichtet werden muss, da die Liquidität nicht ausreichend ist.

5.3 Finanzplan 2025 – 2029

Der Vorsitzende erläutert die Annahmen des Gemeinderats zur Finanzplanung. Demnach wird bis 2025 eine überdurchschnittliche Teuerung erwartet, jedoch wird darauf gehofft, dass danach eine Normalisierung eintritt. Es wird mit einem Anstieg der Soziallast gerechnet. Die Kapitalkosten zeigen bereits Anzeichen einer Stabilisierung, und es wird festgestellt, dass das Fremdkapital wieder günstiger verfügbar ist. Die Diskussion zum Finanzplan wird eröffnet.

Reto Haldi meldet sich zu Wort. Er hat Einwände und argumentiert, dass es nicht akzeptabel sei, innerhalb von fünf Jahren letztendlich eine Steuererhöhung von 15 % zu haben. Er fordert den Gemeinderat erneut dazu auf, Einsparungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende stimmt Herr Haldi zu und zieht einen Vergleich zur VSG. Er stellt fest, dass die VSG fast doppelt so viel Steuereinnahmen wie die Politische Gemeinde hat, um den Bereich Bildung abzudecken. Die Politische Gemeinde habe einige Bereiche abzudecken. Immer wieder werden in den Diskussionen die Personalkosten thematisiert, während dies in der VSG weniger der Fall ist. Er begrüsst es, wenn diese Thematiken genauer betrachtet werden. Das einzige Einsparpotential sieht der Vorsitzende im Strassenunterhalt. Die grösseren Projekte in der Zukunft sind die weiteren Abschnitte der Lohstrasse/Hochwasserschutz Renendal und das Projekt Werkhof und Feuerwehrdepot. Ausserdem hat der Kanton die Sanierung der Hauptstrasse angekündigt, voraussichtlich ab 2028.

Die Diskussion wird nicht weiter genutzt.

5.4 Anträge des Gemeinderates

5.4.1 Abstimmung über den Steuerfuss

Vor der Abstimmung erläutert der Vorsitzende, dass der Gemeinderat beschlossen hat, den Steuerfuss beizubehalten.

Die Diskussion wird nicht genutzt. Der Vorsitzende lässt über den Antrag des Gemeinderates abstimmen.

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt, den Steuerfuss der Politischen Gemeinde Bichelsee-Balterswil für das Jahr 2024 bei 54 % zu belassen.

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

5.4.2 Abstimmung über das Budget und die Investitionsrechnung 2024

Die Diskussion wird nicht genutzt. Der Vorsitzende lässt über den Antrag des Gemeinderates abstimmen.

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt, das vorliegende Budget für das Jahr 2024 mit einem Verlust von CHF 274'518.34 und die vorliegende Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen in der Höhe von CHF 1'120'985.– zu genehmigen.

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

6 Revision Gemeindeordnung

Die Informationen zur Revision der Gemeindeordnung sind auf den Seiten 29 und 30 der Botschaft ersichtlich. Es sind keine Voten eingegangen.

Der Vorsitzende erläutert nochmals die wesentlichen Änderungen. Diese betreffen hauptsächlich die Ersetzung alter Begriffe durch neue. Zusätzlich wird die beratende Mitwirkung von Jugendlichen ab 16 Jahren sowie von ausländischen Einwohnern eingeführt. Auch das Verfahren des Gemeindebürgerrechts wird überarbeitet. Eine weitere bedeutende Neuerung ist die Einführung des fakultativen Referendums, das den demokratischen Prozess unterstützen soll.

Die Diskussion zur Revision der Gemeindeordnung wird nicht genutzt. Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen.

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt, die neue Gemeindeordnung zu genehmigen und per 1. Januar 2024 in Kraft zu setzen.

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

7 Allgemeine Umfrage

Zunächst wird Heinz Müller aus seiner Kommissionstätigkeit verabschiedet. Er war seit 2008 Mitglied der Raumplanungskommission und hat sich nun entschieden, zurückzutreten. Der Vorsitzende würdigt seine wertvollen Dienste und verabschiedet ihn offiziell mit einem Präsent. Dies wird mit einem kräftigen Applaus aller Anwesenden begleitet.

Der Vorsitzende berichtet über die Ortsplanungsrevision. Die Abschlussitzung ist für die Folgeweche geplant und im Anschluss werden die Unterlagen dem Kanton zur Vorprüfung eingereicht. Es hofft darauf, dass die Vorprüfung zügig vorangeht, damit die weiteren Schritte bald vorgestellt werden können.

7.1 Landhaus – wie weiter

Der Vorsitzende berichtet, dass im Rahmen der Zentrumsentwicklung die Bevölkerung mit der aktuellen Situation des ehemaligen Restaurants unzufrieden ist. Es wurden verschiedene Ideen, wie Verkauf, Verlegung der Gemeindeverwaltung, Umbau, Verpachtung oder Eigenbetrieb, in Betracht gezogen. Ziel ist es, das Lokal wieder als Dorffrestaurant zu nutzen. Schwierigkeiten bestehen darin, einen geeigneten Wirt zu finden. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, das Gemeinderestaurant selbst zu betreiben, bis eine andere Lösung gefunden ist. Der Vorsitzende möchte die Meinungen der Bevölkerung dazu hören.

Andreas Schär meldet sich zu Wort. Ihm ist es ein Anliegen, dass die Bevölkerung sich bewusst sein muss, was das Landhaus sie kostet. Er vermutet, dass viele dies nicht erkennen können. In den letzten zwanzig Jahren habe man kein konkurrenzfähiger Preis verlangt, was einer Subventionierung gleichkommt. Er argumentiert, dass das Führen eines Restaurants wirtschaftlich schwierig ist. Er befürwortet daher eine kreative Lösung.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen.

Gemeinderat Daniel Amrhein kommt zum Votum von Andreas Schär zurück und erklärt, dass die Liegenschaften bereits im Liegenschaftensfonds sind und in den letzten vier Jahren keine Kosten verursacht haben. Die Investitionen werden aus den Einnahmen der laufenden Rechnung finanziert. Er betont, dass der marktgerechte Zins tatsächlich ein Problem darstellt.

Die Diskussion wird mit Andreas Schärs Vorschlag fortgeführt, die Wirtewohnung vernünftig zu sanieren, um Gerüche aus dem Restaurant zu minimieren. Eine Anwesende möchte wissen, warum das Landhaus damals gekauft wurde, woraufhin Andreas Schär erklärt, dass es ein Notkauf aufgrund aussergewöhnlicher Umstände war.

Sandra Bangerter fragt, ob die Gemeinde auch die Krone kaufen wird, woraufhin es verneint wird. Sie plädiert dafür, dass das Restaurant selbsttragend sein sollte, ohne Steuergelder zu benötigen. Christian Scherrer erwähnt das Beizensterben in Elgg. Die Gemeinde habe sich für den Umbau zu Sozialwohnungen entschieden und dies habe zu hohen Kosten geführt. Reto Huldli erklärt, dass das Ziel ist, das Restaurant zu verpachten. Wiederum möchte eine Anwesende die Synergien für den Mahlzeitendienst und die familienergänzende Kinderbetreuung nutzen. Der Vorsitzende betont, dass sobald ein neuer Wirt gefunden wird, sofort der Mahlzeitendienst wieder aufgenommen wird, und auch der Mittagstisch ein Thema ist. Er betont, dass es nicht nur um Vorschläge, sondern auch um die Umsetzung durch eine geeignete Person geht. Jessica Lombardi insistiert darauf, dass auch die familienergänzende Kinderbetreuung berücksichtigt werden sollte.

Die weitere Diskussion wird nicht mehr genutzt.

Der Vorsitzende eröffnet die Schlussrunde.

Daniel Stamm meldet sich zu Wort und betont, dass die Finanzen zwar stark kritisiert wurden, aber dennoch lobt er den Gemeinderat und möchte sich für seine Arbeit bedanken. Seine Worte werden mit Applaus bestärkt.

Christoph Zarth erklärt die Gemeindeversammlung um 22:45 Uhr offiziell als beendet.

Für das Protokoll:

Die Gemeindeschreiberin

Claudia Thalmann